

Druckpreis:
 Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
 Lieferung 0.00 Mark, vierteljährlich
 12.00 Mk., sechs die Post 12.00 Mk.,
 anst. Halbjahrespreis. Be-
 stellungen werden von allen Kriech-
 personen abgenommen. Im
 amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
 Sozial-Zeitung eingetragen. Für
 Anzeigen entgegen der
 Preise wird keine Gewähr über-
 nommen. Nachdruck nur mit der
 Quellenangabe. Sozial-Zeitung ge-
 staltet. Ferner der Schriftleitung Nr.
 1146, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1133
 u. 7411, der Gehalts-Abtg. Nr. 1132.

Abend-Ausgabe.

Sozial-Zeitung

Anzeigenpreise:
 Die 4 gespaltenen 34 mm breite Milli-
 meterzeile oder deren Raum 50 Pf.,
 zum leerenzeigen 40 Pf., Restanten
 die 92 mm breite Millimeterzeile
 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an
 unsere Geschäftsstellen u. sonstige
 Anzeigenstellen. Erschließung: 2 mal,
 Sonntags und Montags 1 mal.
 Geschäftsstelle: Halle, Neue Prom-
 enade 15. Der Druckausst. 17.
 Neben-Geschäftsstelle: Droschke
 Wilschstraße 51 und Markt 24.
 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Verundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 152.

Halle, Dienstag, den 30. März 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Nach dem Kapp-Putsch.

Die deutsche Salata liegt, wir dürfen hoffen, in absehbarer Zeit wieder billigeres Lebensmittel aus dem Ausland zu erhalten und weiter hoffen, daß dadurch die beste Hilfe allen kämpfenden Kräften in Stadt und Land gewährt werden würde. Die Arbeitslosigkeit liegt, Verdrüben wurden willig über den Abstandsstand hinaus gestellt. Die hierdurch gesteigerte Produktion von Ausfuhrartikeln ließ eine weitere Besserung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse als gesichert erscheinen. Unter Transportwesen bessere sich; wir konnten hoffen, daß der Verkehr bald wieder in Verhältnisse kam, die den früheren normalen Verkehrsbedingungen zum mindesten ähneln. Die Kohlenproduktion steigerte sich, und es gehörte nicht zu viel Fantasie dazu, zu glauben, daß von den in den letzten Jahren stillgelegten rund 17 000 Regelleiten recht viele wieder in Tätigkeit gesetzt werden könnten, um den Tausenden unterunkultivierten Familien billige Wohnungen zu verschaffen. Die Verknüpfung in den ehemals feindlichen Ländern war im Steigen begriffen. Die Gerechtigkeit für eine Revision des Schmachtspruchs von Versailles wurde und damit steigerten sich die Möglichkeiten für eine Wiedergeburt unseres Vaterlandes.

Zust diesen Moment suchten sich deutschnationale Hehler in Zivil und in Uniform zur Verwirklichung ihrer verbrecherischen, schon seit den Zunitagen v. J. sorgsam mit allen Mitteln einer verschlagenen Intrigantentum vorbereiteten Kutschpläne aus. Ihre Kutschpläne gingen ihnen höher als die Interessen des ganzen Volkes, mit denen sie gemeinlos zu spielen begannen. Die Tat des 13. März war nichts anderes als ein Dolchstoß in den Rücken des Volkes, das sich um den Wiederaufbau unseres Landes bemüht. Und es ist gewiß ein recht trauriger Witz, daß bei diesem Treiben jener auch in Halle bekannt, wovon Oberst Bauer beteiligt war, der am eifrigsten das Wort vom Dolchstoß in den Rücken des Heeres während der Kriege verbreitete. Jener Irrwahn, der da jahrelang gläubte, daß man große Kriege auch im 20. Jahrhundert allein durch Gewalt gewinnt und daß dabei alle politischen Mittel getrost ausgeschaltet werden können, spielte auch jetzt wieder die führende Rolle. Allein brutale Macht sollte es werden; mit den Spitzen der Bajonette sollte neues Recht und neues Verfassungsleben eingeschrieben werden. Rücksicht auf das Volk oder doch die Gerechtigkeit des Volkes glaubte man nicht nehmen zu brauchen. Das mußte zwingend zur Hunderttausenden-Verbreiung der Kapp-Ächtung, Traub-Ächtung und Konfessionen führen. Diese knappe Zeitpunkte genigte, um das Regiment des Säbels und der Regel aus den Berliner Regierungskübeln wieder herauszuheben. Wenige Stunden nach dem Putsch konnte man das alte Wort hören: "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!" Die Demokratie erweckte sich mächtiger als die deutschnationale Reaktion, der Wille des Volkes härter als der der autokratischen antisemitischen Clique. Die junge Republik übernahm den Umfurgelassen jener monarchistischen Militärfaschisten, die bei der Verlegung ihrer Pläne vor dem stützigen Bürgerrecht nicht zurücktraten. In Stadt und Land stand man zusammen. Bürger und Arbeiter fanden sich, der geistige Arbeiter stellte sich an die Seite des Handarbeiters. Die Beamten vom Unterbeamten bis zum Unterstaatssekretär in den Ministerien, sie alle, mit vereinstimmlich wenig Ausnahmen, wußten, daß es um mehr ging, als um das Wohl und Wehe einer Partei oder Koalition, auch letzten Endes um ein mehr als um ein Republik oder Monarchie, sondern einfach um Sein oder Nichtsein. Unsere Äpfel als Staatswesen war leistungsfähig als Spiel gelebt, die Einheit des Reiches gefährdet.

Einer solchen Einheit und Geschlossenheit gegenüber konnten sich die Männer im Kapp nicht behaupten. Bis zum Sturz gaben sie die Hoffnung nicht auf; die Waffenlüge und die ärgerliche Drohung wurden die Geschosse der militärischen Kampfmittel Kapps. Mit Todesstrafe wurde bedroht, wer zum Streik aufforderte oder Streikposten stand. Lüge über Lüge wurde in die Welt gesetzt, und nach in seiner politischen Todesstunde griff Kapp, den schon Beismann Hollweg einen "Vater der öffentlichen Meinung" nannte, zum Schwindel: Er, der der Wucht des Volkswillens schleunigst und bedingungslos weichen mußte, ließ verbreiten, daß er zurückträte, nachdem er seine Forderungen demüßigt hätte! Jedes Mittel war diesen Vorkämpferrichtern recht, wie das nun einmal bei Menschen nahe liegt, die dem Recht von Kanonen und Maschinen gegenüber mit dem Recht verwechseln, das mit uns geboren ist.

Wogegen ist die Kapp-Ächtung? Aber nicht das grenzenlose Geden, das die Folge des deutschen Nationalen Kampfes ist und sein mußte. In diesem Geden, darüber müssen wir alle klar sein, werden wir lange, jahrelang zu tragen haben. Dazu kommt, daß durch den Putsch entfesselten Völkerringen Tausende billiger Menschenleben ausgelöst wurden; viele Hunderte von Frauen und

Männern, die mit irgendwelchen Kampfhandlungen nichts zu tun hatten, kamen gleichfalls ums Leben. Auch die Verantwortung für diese Opfer fällt auf diejenigen, die den Putsch vorbereiteten, ihn durchführten, unterstützten und in der Reichsversammlung wie in der Froning - und auch in Halle - nur zu bereitwillig förderten. Ein kurzer Ueberblick auf die ungeheuren wirtschaftlichen Schäden, auf den gemäßigten Verlust an Gut und Blut läßt uns fast zweifeln, ob wir überhaupt jemals wieder dahin kommen werden, das von banque-Epiel dieser modernen Wachsflöhe gut zu machen. Diese Forderung aber wollen und dürfen wir nicht aufgeben. Mehr denn je zuvor gilt es, alle Kräfte anzupacken. Die Demokratie, die sich jetzt als "Kampfer" erwies, muß auch die noch größere Aufgabe der wirtschaftlichen Wiederaufbaus schaffen! Wie sie jetzt den Widerstand gegen militaristische Anmaßung organisiert, muß die Demokratie nun die letzte Kraft, den letzten Kopf und die letzte Hand anzupacken wissen, um uns so zu fördern, daß wir mit Erfolg an einen neuen Aufbau unseres ganzen Wirtschaftslebens gehen können. Dazu gehört vor allem auch, daß im Westen die Macht des Reiches wieder hergestellt wird, daß im Ruhrgebiet und darüber hinaus wieder eine staatliche Ordnung geschaffen wird, die nicht das Recht gibt, von einem besonderen Staate zu sprechen. Der Westen ist untrennlich mit Mittel- und Ostdeutschland verknüpft. Er kann keine anderen staatlichen Grundlagen haben als alle anderen Teile des Reiches. Dort kann nicht der Kommunismus herrschen, wenn im übrigen Deutschland die Demokratie regiert. Hier wie dort kann die Verbindung nur gelassen durch demokratische Einseitigkeiten, nicht durch deutschnational-militaristische und nicht durch kommunistische. Sie auch im Westen

entgegen utopischen Räuberideen durchzuführen, wird die erste und schwerste Aufgabe der umgebildeten Regierung sein.

Die zweite Vorbedingung für die ungehörte wirtschaftliche Verbindung muß die Regelung des Militärsensens sein. Das Ausland darf nicht immer wieder in den Glauben verführt werden, als ob der säkularisierte Militarismus in Deutschland nicht unter zu kommen ist. Unser Militärwesen muß allein ein Junitumment der Volksregierung sein! Das schließt in sich, daß es niemals um Privatapparate für moderne Wallensteinere werden darf. Unser Heerwesen muß an Haupt und Gliedern so ausgestattet werden, daß es wirklich nichts anderes ist als ein Schutzwall für das Volk! Meinseitigen Führern darf dieses so kostspielige Heer nie wieder zur Willen- und schlendeln Marionette werden! Und die dritte Vorbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ist die Auflösung! Von der Nationalversammlung erwarten wir, daß sie schleunigst der Regierung die Mittel zur Verfügung stellt, um eine umfangreiche Auflösung über das Reich zu berechnen Kapps in die Wege zu setzen. Ein ungehörtes Bild der wirtschaftlichen Opfer und der Stützpfeiler muß Stadt und Land kennen lernen. In der Großstadt wie im kleinsten Dorfe muß jedermann wissen, wofür uns der deutschnationale Putsch vom 13. März gebracht hat. Der Bolschewismus von rechts ist nicht weniger gefährlich als der von links! Diese Erkenntnis muß weiteste Verbreitung finden. Dann wird auch die Demokratie fester Verankerung sicher sein und die Bahn wird frei werden für eine erhebliche wirtschaftliche Entwicklung, die Deutschland wieder in die Reihe der ersten, produktiven Werte schaffenden Kulturstaaten der Welt führt.

Die erste Lage im Ruhrgebiet.

Eine Erklärung des Reichskanzlers über die Lage im Westen. — Ein Entgegenkommen Frankreichs. — Regelung der Streitfragen durch Verhandlungen.

Der Reichskanzler über die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 30. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung machte der Reichskanzler Mitteilungen über die Lage im Ruhrgebiet. Es seien recht besorgniserregende Nachrichten im Umlauf, doch hoffe er, daß trotzdem eine Entspannung heute noch möglich sei. Die Erregung unter der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet sei aus dem Glauben entstanden, daß mit scharfen militärischen Maßnahmen vorgegangen werden sollte. In Elberfeld, Essen und in anderen Städten mache man sich bereit, den Generalstreik auszurufen. Der Reichswehrminister habe dem gegenüber dem Reichswehrkommando in Münster die strengsten Weisungen erteilt, alles zu vermeiden, was irgendwo zu Zusammenstößen und Unterverleihen führen könnte. Die Truppen, die im Ruhrgebiet eingesetzt werden, sind entgegen den dortigen Ansprüchen verfassungsgemäß. Mit dieser Betonung wies der Reichskanzler die Behauptung gewisser linksradikaler Elemente zurück, die Offiziere und Mannschaften letzter aus Arbeiterblut. Es sei in den letzten Jahren in Deutschland genug Blut vergossen worden, nun müsse alles getan werden, um der Lage im Ruhrgebiet eine möglichst friedliche Wendung zu geben. Maßnahmen zur Aufklärung seien getroffen, diese Aufklärung sei aber besonders schwierig, weil eine Reihe von Postämtern sich im Besitz der Roten Armee befänden. Hinter den vormaligen Truppen sollen Nahrungsmittel nun in großer Menge rollen, um der dringenden Not im Ruhrgebiet sofort zu steuern. Der Behauptung, alles was die Regierung über die Lage im Ruhrgebiet verbreite, sei unwahr, stellt der Reichskanzler ein Flugblatt der beiden sozialistischen Parteien entgegen, in dem ausgeführt wird, daß die Gegenwehr gegen den Putsch von rechts im Westen nach links ausgeht sei und zu schrecklichen Zuständen geführt habe.

Berantwurthungslose Elemente, die sich Kommunismus nennen, hätten einen Terrorismus aus schlimmer als der weiße Schrecken. In Datsburg seien vom Zentralrat sämtliche Nahrungsmittel der Roten Armee beschlagnahmt und an die Truppen der Roten Armee verteilt worden. — Trotzdem sei die Lage nicht hoffnungslos, weil ein neuer Umlauf eingetreten sei, der eine baldige Entspannung herbeiführen werde. Die französische Regierung habe entgegen ihrer gestern abgegebenen Stellung Deutschland nunmehr einen Zeitraum von 2-3 Wochen für die Verwendung einer kleinen Truppenmacht in der neutralen Zone gegeben. Diese Zeit werde schnell vergehen, um die verfassungsmäßige Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Wie die Vertreter der dortigen Truppen während im Ruhrgebiet sind dem im Ruhrgebiet entstanden.

Staatskommissar Secring ausgeführt werden. Auch in der Frage der von General v. Batten am Bielefelder Abkommen erlassenen Ausfuhrbeschränkungen werde es das Bestreben der Regierung sein, einen friedlichen Ausgleich zu erlangen. Müller schloß mit der Hoffnung, daß die Arbeiterschaft nicht vergessen werde, daß die Erhaltung der deutschen Volkswirtschaft auch für sie unbedingt notwendig sei.

Die Entwicklung im Westen.

Nachdem die Kapp-Regierung gekürzt war, zeigte es sich, daß damit in Westdeutschland die Freigabe noch nicht abgeschlossen seien. Demnach der bisherige militärische Kommandant General Watter, sich nun vorwärts in einer jenen Zweifel ausfüllenden Reihe auf den Boden der Verfassung und damit an die Seite der rechtmäßigen Regierung gestellt hatte, wurden in fliegender Eile rote Armeereformationen gebildet. Es ging damit so schnell, daß die Annahme nicht von der Hand zu weisen ist, daß diese Organisation schon viel früher geschaffen wurde. Es wird auch behauptet — wir geben diese Darstellung lediglich referierend wieder — daß im Westen ohnehin in kurzer Zeit ein groß angelegter Aufbruch ausgebrochen wäre. Die "Rote Armee" wolle schon eine Stadt nach der anderen erobern und herrschen zur Zeit weitaus den größten Teil des westdeutschen Industriegebietes. In große Schwierigkeiten geraten sie im Laufe der letzten Tage durch mangelnde Ernährung. Verhandlungen mit Holland wegen Lieferung von Lebensmitteln führten zu keinem Ziel.

Trotz dieser Schwierigkeiten war es der roten Armee möglich, bis Bielefeld zu gelangen, das regelrecht belagert wurde. Die dort eingeschlossenen Reichswehrtruppen vermochten sich in den letzten Tagen jedoch etwas Luft zu schaffen. Ein Waffenstillstand, der nach einem Bielefelder Abkommen geschlossen wurde, vermochte die Lage immer noch nicht zu klären. Auch die Reihe jener Wäpfer nach dem Westen brachte keine Klärung der Situation. Zugleich verhandelte die Berliner Regierung mit der Entente über die Entsendung deutscher Truppen nach dem Westen, wie dies auch aus der gestrigen Rede des Reichskanzlers hervorging. Ein Ultimatum, das die Regierung der Roten Armee im Westen schließlich stellte und in dem u. a. die Niederlegung der Waffen gefordert wurde, läuft heute Mittag 12 Uhr ab. Dann wird sich entscheiden.

Der "Republik" berichtet aus Elberfeld, daß die sozialistische Partei Elberfeld der Reichsregierung am 29. 3. abends 8 Uhr mitteilte, daß sie eine 2-tägige Verlängerung des Ultimatum der Reichsregierung vom 28. März um drei Tage verlange. In einer gleichzeitigen Mitteilung des Zentralrates in Essen werden die Bedingungen des Generals Watter in Münster als technisch unannehmbar bezeichnet. Zur Abwehr des weiteren Planes habe der Zentralrat beschlossen, zum sofortigen Generalstreik auszurufen.

Eine ergänzende Meldung besagt: ein Elberfeld, 30. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die S. P. D. Elberfeld hat der Reichsregierung mitgeteilt



heit, daß sie das Ultimatum vom 28. März nicht anerkennen. Mit Grönde dafür werden angeführt, daß die im Ultimatum vorgesehene Frist von 24 Stunden zu kurz ist. Sie verlangen eine Verlängerung von drei Tagen. Die S. P. D. und die U. S. P. D. sowie die R. P. D. und der Zentralrat für das rheinisch-westfälische Industriegebiet in Essen setzen hinter den Vorschlag Beschlüssen. Der

Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet, so heißt es weiter, verpflichtet uns, gemeinsam mit U. S. P. D. und der S. P. D. den Generalfreistreit anzutreten und alle Kräfte mobil zu machen, um die Reichswehr niederzuschlagen. Richtig werden wir unsere Kräfte in den übrigen Bezirken des Reiches zur Solidarität für den Generalfreistreit und zur bewaffneten Abwehr anrufen. Wir fordern die Abberufung des Generals Baizer in Münster unbedingt. Den Punkt 4 des Abkommens der Reichsregierung, der von der üblichen Entlassung der Bevölkerung unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe handelt, können wir nicht fassen, solange die rechtmäßigen staatlichen Organe aus dem alten reaktionären Beamtenapparat, wie Generale und Offiziere, bestehen. Bis zum letzten Mann werden wir jede Regierung, die nicht durch die Tat beweist, die nicht in der Lage ist, die Militärämter, sowie die

reaktionären Beamten zu beseitigen, mit dem Generalfreistreit und schließlich mit Waffengewalt bekämpfen. Dieses ist am 28. März, abends 8 Uhr dem Reichskanzler Müller, von der S. P. D. telephonisch mitgeteilt worden, mit dem Ergebnis, bis 10 Uhr abends dem Zentralrat in Essen und der S. P. D. in Düsseldorf telephonisch Nachricht zu geben, ob die Frist noch einige Tage verlängert wird, damit erneute Verhandlungen in Düsseldorf oder Münster stattfinden können. Die S. P. D. für den Bezirk Niederrhein schickt sich diesem Aufruf des Zentralrates in Essen teil. Jedem ist, daß General Baizer in Münster u. a. verlangt, daß heute, Dienstag, mittag sein letzter Soldat mehr Waffen haben dürfe. Wenn noch ein letzter Soldat um diese Zeit Waffen habe, sollten die Bedingungen als nicht erfüllt. Sämtliche Gefangenen in diesen Diensten vormittag um 11 Uhr frei sein. Zur Abwehr des Watterdecker Planes hat der Zentralrat beschlossen,

zum sofortigen Generalfreistreit anzutreten.

Der Zentralrat in Essen erklärte ferner, daß er die Vorschläge der Reichswehr ablehnt. Die militärischen Führer haben erklärt, sich nicht zu unterwerfen. Die Reichsregierung hat darauf, wie der „Vorwärts“ hört, mit einer ausführlichen Darstellung geantwortet, in der die Unhaltbarkeit der zurzeit im Reich herrschenden Zustände dargelegt und erwidert wird, daß das zur Anwendung bereitgestellte Militärverfassungsgesetz sei und seinen anderen Antrag habe, als den geforderten. Die der „Freiheit“ mitgeteilt wird, besteht in Reorganisation der

das Ultimatum nicht verlängert werden kann.

dagegen seien die militärischen Befehlshaber anzuweisen, nicht zu tun, ohne Einverständnis mit den Zivilkommissaren. Es sei dafür gesorgt, daß keine Ausstellungen erfolgen. In Regierungskreisen rechnete man bestimmt damit, daß auch jetzt noch schließlich eine friedliche Lösung erfolgen werde und von einem Einmarsch ins Ruhrgebiet abgesehen werden könne.

Berliner Kampfanzeige.

Berlin, 30. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Volksversammlungen der revolutionären Betriebsräte aller Fabriken Groß-Berlins beschließen sich nach dem Bericht des „Kommunisten“ gestern abends mit der politischen Lage und der Kampfanzeige im nächsten Kampf an, falls sie gegen die national-reaktionäre in Ansbach mit Waffengewalt einsetzte. Ein Beschluß über die zu unternehmenden Schritte und einen etwa neu zu proklamierenden Streik wird die für heute abend einzuberufende Volksversammlung fassen. In den Ansprüchen fordern die Redner, man möge diesmal die Arbeiter mit Gas und Wasser versorgen und die westlichen Vororte Berlins sabotieren, damit die Reichsregierung die Not kennen lernt. Außerdem müßten sämtliche Gewerkschaftsführer abgesetzt werden. Ein weiterer Redner forderte zur sofortigen Bildung einer Kampftruppe auf, die bis jetzt heimlich organisiert worden ist, namlich aber offiziell gebildet wurde. Ein anderer Redner trat gegenüber der Forderung nach Sabotage entgegen. Man dürfe auch nicht leichtsinnig einen bewaffneten Kampf wagen. Das sei für Arbeitertruppe zu schade. Es seien aber gleichzeitig alle Vorbereitungen zu treffen, wenn die heutige Volksversammlung werde vielleicht schwerwiegende Beschlüsse zu fassen haben.

Das Verfahren gegen die Hochverräter.

Bewußtseinsbefehlsgabe und Stadtbefehl.

23. März, Berlin, 29. März. Nach Mitteilung des Oberstaatsanwalts ist der Unterstaatsanwalt a. D. von Halle u. a. in Brandenburg verhaftet und dort gerichtlich vernommen worden. von Halle u. a. wurde am 23. März nach Leipzig gebracht und dort vom Reichsgericht vernommen. Die Angelegenheit des Halle u. a. ist dem Reichsgericht übergeben worden. Wegen der Heier Vorgänge wurde die Voruntersuchung gegen den Admiral a. D. von Levegov, Major a. D. von Winterfeld, den Oberbürgermeister von Lindeburg, den Landrat Freyher von Levegov, den Landrat Freyher von Levegov in verhaftet worden. Pauli befindet sich in Genußhaft. Die übrigen Angeklagten sind flüchtig. Stadtbefehle gegen die Hochverräter Beschlagnahme sollen nicht nur im Zusammenhang mit dem Angeklagten, sondern auch in den Tageszeitungen, sowie im Nachrichten veröffentlicht werden. Jeder solche Beschlagnahme zur Aufklärung des Hochverrats.

Niederbringung oder Erhaltung der Ansehenswürdigkeit wird eine Beschlagnahme bis zu 10 000 Mark ausgesetzt.

Verabschiedete Offiziere.

32. März, Berlin, 29. März. Wie wir aus dem Reichsministerium erfahren, haben infolge der letzten Ereignisse nachstehende Offiziere ihre Staatsbürgerschaft erloschen bzw. sind in ihre Staatsbürgerschaft zurückgekehrt: Generalantant von Gersoff, Generalantant von Berant, die Generalmajor von Gröbde, Freiherr von Diepenbrock-Grueter, von der Hardt, Maeder, von Lettow-Vorbeck, von Hagenberg, die Obersten Freiherr von Banachheim, von Dönn, Freiherr von Ledebur (Samburg), Oberstleutnant von Lewitz, die Majore von Niaskowski, Sagemann. Die Frage, wieviel diese Offiziere durch ihr Verhalten während der letzten Vorkämpfe bestraft sind, wird eingehend geprüft. Gegen die früheren Generale von Büttow ist seitens der zuständigen Militärgerichtsbarkeit ein Haftbefehl erlassen worden.

Lüttwits spurlos verschwunden!

Berlin, 29. März. General von Lüttwitz, gegen den am 18. März die Schlichtung angedacht wurde, ist, wie die „Voss. Zeitung“ bestätigt, geschäftlich und spurlos verschwunden. Lüttwitz hat die Kommandante Berlins in einen formellen Haftbefehl gegen den General erlassen. Wüßte man solange mit dem Haftbefehl warten, bis der Mann, der so viel Unglück über unser Land gebracht hat, verschwunden war? (Die Red.)

Die Danziger Ententeuppen sollen abdrücken.

23. März, Danzig, 29. März. Wie die „Danziger Allgemeinen Ztg.“ von zuverlässiger Seite erzählt, haben die Danziger Unabhängigen und Kommunisten ein Ultimatum an den Oberkommissar Herr Reinhold Fomoc gestellt, in dem sie das sofortige Abdrücken der Danziger Truppen aus Danzig fordern. Im Falle einer ablehnenden Antwort des Oberkommissars drohen die Radikalen mit dem Generalfreistreit. Das Ultimatum ist, wie das Blatt hört, bis heute abend befristet.

Niedrige Gefinnung der Deutschen Volkspartei.

Man schreibt uns: In Halle war sofort nach Beginn der Gewaltthaten Rapp-Lüttwitz und Genossen der Vorsitzende der Demokratischen Partei, der Hr. Dr. Schreiber, auf Befehl des Garnisonkommandos, das sich auf die Seite der hochverräterischen Regierung stellte, in Schutzhaft genommen worden. Auf telegraphische Befehle wurde bei der verfassungsmäßigen Regierung wurde durch einen Befehl des Reichswehrministers Hoeske erwidert und Dr. Schreiber darauf auf Veranlassung des Oberpräsidenten Höring zum Zivilkommissar für Halle ernannt. Zu seiner Unterzeichnung berief Dr. Schreiber eine Kommission, zu der auch Führer der Unabhängigen und ein Führer der Kommunisten hinzugezogen wurden. Die Eingabe von Vertretern dieser Parteien erfolgte lediglich deshalb, weil die im Generalfreistreit lebenden Arbeitermassen Halle durch die Haltung der Garnison auf das Äußerste erregt waren und sich außerdem nach begründeten Meldungen große revolutionäre Arbeitertruppen aus dem Wanscheider Bezirk im Vormarsch auf Halle bewegten. Es mußte unter allen Umständen zunächst dafür gesorgt werden, daß die Arbeiterhaft Halle Disziplin bewahren und nicht mit den von auswärtig herankommenden Scharen gemeinsame Sache machten. Das ist auch gelungen, und somit Halle, wenn auch leider Blut geflossen ist, doch vor dem Schrecklichsten im Innern selbst bewahrt worden. Daß zu der Kommission nicht auch Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei herangezogen werden konnten, war klar, denn beide Parteien waren durch den reaktionären Ruch stark belastet. Die Presse der Deutschnationalen begriffte die Rapp-Regierung als Regierung der Aufregung und die Deutsche Volkspartei ferner die Rebellen durch ein solches Verhalten.

Jetzt, nach Niederlegung der reaktionären Gewaltthaten, wendet sich die Deutsche Volkspartei in einem Plakat an den Reichstagen und greift die demokratische Partei in einer an Gemeinheit nicht zu überbietenden Art und Weise an. Sie schreibt u. a. wörtlich:

Die Taten der Demokratie sind ein einziger Verzecht am Bürgerum!
Die Demokratie trägt die Schuld, daß mit den roten Händen verhandelt wurde!

Die Demokratie trägt die Schuld, daß in den von Spartakisten besetzten Städtchen Kranke und Säuglinge ohne Hilfe und Nahrung dahinstarben!

Die Demokratie trägt die Schuld, daß unter schmerzlichen Kämpfen und größten Opfern an Blut diese Städtchen wieder befreit werden konnten!
In schändlicher Weise behauptet sie dann weiter, daß die Demokratie die Einwohnermehrheit an den Feind des Bürgertums anstifteten, die Beitrittswilligen entmannen und die Waffen- und Munitionsdépôts dem Schutze der Unabhängigen anvertrauen wollte. Jedes Wort dieser Behauptungen ist glatt erlogen. Sie weiß, daß nicht Dr. Schreiber und die Kommission, sondern das halbesche Garnisonkommando selbst zuerst und selbständig mit den revolutionären Arbeitertruppen, die um Halle standen, verhandelt hat. Trotzdem verbreitet die Deutsche Volkspartei diese gemeinen Lügen und wagt es, der halbeschen Bevölkerung zu rufen: „Recht der Demokratie, die diese Sache verraten hat, den Rücken.“

Diese Form des politischen Kampfes, den die Deutsche Volkspartei in dem Augenblicke unternimmt, in dem die Opfer der Revolutionstage noch über der Erde stehen, ist die Art von

Schändens des Schändlichsten, die in der Welt der Menschheit noch heute stehen. Das deutsche Volk und auch die Bürgerlichkeit Halle sind nicht

denen die Antwort bei den Wahlen nicht schuldig bleiben. Angesichts solcher Kampfesweise darf es keine Schonung geben.

Halle und Umgebung.

Die Stadtverordnetenversammlung am 15. März

Die Stadtverordnetenversammlung am 15. März. Die Sitzung begann am 15. März. Sie fand unter dem Vorsitz des Rapp-Bundes, der die halbesche Bürgerstadt mit Ausnahme der kleinen Gruppe Hart in Erregung versetzte. Mit Ausnahme der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei vereinigten sich sämtliche Parteien: alle deutsche Volkspartei, Deutschdemokratische Partei, die Sozialdemokratie und Unabhängige Sozialdemokratie zu folgender Erklärung,

die der Vorherrscher am Eingang der Sitzung verlas: „In Berlin haben sich Ereignisse vollzogen, die ein ganz anderes Staatsleben in eine neue Lebensform überführen und die die Selbstbestimmung des ganzen Volkes in den nächsten Bürgertrage zur Folge haben kann. Die Stadtverordnetenversammlung hat als solche keine Rechtspolitik zu erheben; sie mißt ihr auch nicht in die rechtspolitische Stellungnahme der in ihr vertretenen politischen Parteien.“

Aber als in freier und gleicher Volkskraft gemüßte Vertretung der Bevölkerung der Stadt Halle haben wir das Recht und die Pflicht, unsere Stimme für eine geordnete Weiterentwicklung des preussischen und deutschen Volkes zu erheben. Wohl sind Erfahrungen des Reichs der Selbstbestimmung erfolgt, aber die neue Berliner Diktatur ist keine Volkserhebung, sondern eine gewaltsame Besetzung der durch das gleiche Volksrecht ermächtigten Volksvertretung und Errichtung einer tyrannischen Militärdiktatur.

Wir sind bereit, die Herrschaft der Reichsregierung an der weiteren unblutigen Entwidlung des preussischen Staates und seiner inneren Organisation. Nun haben die Berliner Diktatoren auch die preussische Regierung an ihrer Amtsausübung gehindert und durch einen Hiesigen die verfassungswidrige preussische Landesverwaltung für ein Jahr erklärt. Dadurch ist die bestmögliche Regelung der Stadt- und Gemeindeverwaltung in Frage gestellt und das Schicksal der Kommunen der Militärdiktatur ausgeliefert.

Im Namen der Bevölkerung der Stadt Halle erheben wir den schärfsten Protest gegen diese Gewaltthaten. Der Führer der Deutschnationalen, St. G. E. a. B. a. E., erklärte namens seiner Fraktion, daß die Erklärung ablehne, und zwar mit dem Hinweis, Politik gehöre nicht in die Stadtverordnetenversammlung.

Der von der Ablehnung verlassenen Deutschnationalen sowie die S. P. D. (Deutsche Volkspartei) und die U. S. P. D. (deutsche Volkspartei) erklärten, daß die Erklärung einseitig angenommen. — Mitgeteilt wurde in der Sitzung noch, daß St. G. E. a. B. a. E. (Deutschland) sein Amt niedergelegt habe, weil er aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschieden sei. An seiner Statt wird Frau Gustavsdirektor Wampel als stellvertretende eingesetzt. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 15. März mitgeteilt, daß 85 000 Mark für die Errichtung einer städtischen Kriegerstube bewilligt wurden.

Im Anschluß an ein Gesuch der Bureauchhilfearbeiter um Lohnzahlung wurde die Verammlung den Magistrat, eine Forderung einzubringen, die 150 Prozent Zinsen auf die vom Magistrat gewährte Lohnzahlung von 16 und 4 Mark je Woche vorsetzt.

Schließlich des Äußersten Geschicks unserer Zeit, die die Verammlung mit einem Referat des St. G. E. a. B. a. E. (Deutschland), den Magistrat zu ersehen.

1. den Reichstagsmitgliedern um Gehalts des Ersatzes der einseitigen Erziehung hinter der Kaltern zur Abhaltung von Jahrmärkten zu veranlassen.
2. beim Provinzialrat die Genehmigung zweier Jahrmärkte im Jahr — statt der bisherigen vier — und zwar im Frühjahr und im Herbst, von je 8 Tagen Dauer zu beantragen.
3. mit Interessentengruppen der halbeschen Industrie, namentlich des Hädermaschinenfabrikanten und den Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen in Verbindung zu treten, um geeigneten Falles mit den Jahrmärkten Ausstellungen von Spezialmaschinen zu verbinden.

Zugleich beschloß die Verammlung die Einlage des Reichstagsmitgliedern um Gehalts der Ersatzes der einseitigen Erziehung hinter der Kaltern zur Abhaltung von Jahrmärkten zu veranlassen.

Die nächste, für Montag, den 22. März, angelegte Stadterordnetenversammlung mußte dann ausfallen wegen der Sitzungsplatzung. Die Tagesordnung wurde in der

Sitzung am Montag, den 29. März

erfolgt. Die Sitzung begann, da ein Teil der Stadtverordneten am Nachmittag der Beurlaubung der bei den Anrufen gefallenen Teil beurlaubt gewesen war, erst um 1 Uhr. Sie leitete St. G. E. a. B. a. E. (Deutschland).

Der Vorherrscher teilte mit, daß St. G. E. a. B. a. E. (Deutschland) aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt habe. In seine Stelle tritt Hotelbesitzer Sünberghaus in das Kollegium ein.

Die Punkte 1-3 betreffen Wahlen von untergeordneten Beamten.

Zohregelung für städtische Arbeitnehmer

berichtet St. G. E. a. B. a. E. (Deutschland). Der Referent ist nur in einem Teile des Saales verständlich. Er legt dar, daß die vom Magistrat vorgeschlagenen Lohnveränderungen eine Summe von über sieben Millionen Mark

ausmachen. Der Magistrat habe für einen beträchtlichen Teil dieser Summe keine Deckung. Der Magistrat er namens des Gesundheitsausschusses die Annahme der Forderung des St. G. E. a. B. a. E. (Deutschland) erklärt sich für Rückverweisung an den Hausparlamentsauschuss. Man müsse wissen, wo die Mittel herkommen werden sollen. Die Ueberhülle der Betriebe könnten nicht isoliert einbringen, wie die Forderung erfordere. Gegen die Zulassung an sich machte der Redner keine Einwendungen. St. G. E. a. B. a. E. (Deutschland) mißbilligt gleichfalls, daß der Forderung gleichzeitig ein Verdungsnachweis beigegeben werde. Beim Gas und beim elektrischen Strom könne man erhebliche Erhöhungen vornehmen und damit die Ausgaben, die die Lohnaufbesserung der Arbeiter der Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke ausmachen, einbringen. Bei der Straßenbahn, wo die Lohn-

Hervendwände und Entkräftigung

bedeutet man reich und führt mit Regent-Tabaketen. Herzog und Publikum bringen diesen neuen Mittel großes Interesse entgegen. Es gibt nicht weniger als 100000 Menschen, die davon leben.